

## **German Tobacco Industry's Successful Efforts to Maintain Scientific and Political Respectability to Prevent Regulation of Secondhand Smoke**

Annette Bornhäuser

Jennifer McCarthy,

Stanton A. Glantz Ph.D.

### Einführung

Trotz seiner Führungsrolle im Umweltschutz ist Deutschland heute eines der wenigen industrialisierten Länder in denen die Tabakindustrie in der Geschäftswelt sowie vonseiten der Regierung, der Wissenschaft und der Gesellschaft im Allgemeinen als eine legitime Größe angesehen wird.

Die Tabakindustrie in Deutschland hat es erfolgreich verstanden, die Umsetzung der Erkenntnisse über die Schädlichkeit des Passivrauchens in wirksame Gesundheitspolitiken zu verhindern. Sie bediente sich hierzu einer sorgfältig geplanten Kollaboration mit Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern, und eines ausgeklügelten PR-Programms das in den 1970er Jahren eingeleitet wurde und seitdem still betrieben wird.

Die Branchenorganisation, der Verband der Cigarettenindustrie (VdC, kurz „Verband“) wurde im Jahr 1948 von der Tabakindustrie in Deutschland gegründet. Der Verband vertritt sowohl nationale als auch multinationale Tabakkonzerne, die in Deutschland ihre Geschäfte treiben und war bzw. ist in der bundesdeutschen Hauptstadt (Bonn, Berlin) ansässig, um politische Entscheidungen bestmöglich zu beeinflussen.

Bereits in den frühen Siebzigerjahren wurde das Thema Passivrauchen in Deutschland zum Politikum, doch die Bundesregierung schaffe es nicht, einen damals existierenden Gesetzesvorschlag für eine Rechtsvorschrift zum Schutz vor Passivrauchen zu erlassen. Vielmehr hat die Bundesregierung es bis heute versäumt, eine wirksame Gesetzgebung zum Schutz vor Tabakrauch im öffentlichen Raum zu erlassen.

Aufgrund der Einsicht dass Passivrauchen der entscheidende Faktor für Lebensfähigkeit der Tabakindustrie ist, hat sich der Verband bereits lange vor der Bundesregierung und den wichtigsten Organisationen im Gesundheitswesen und Interessengemeinschaften dieses Thema zu eigen gemacht. Dies hatte zur Folge, dass die Tabakindustrie Regierungshandeln zum Schutz der Bürger vor den giftigen Inhaltsstoffen des Tabakrauchs erfolgreich verhindert hat.

Der Verband hat Einfluss auf Wissenschaft und Politik genommen indem er die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Zusammenhang von Passivrauchen und Krankheit bestritten hat, Forschungsarbeiten durchgeführt oder finanziert hat, unabhängige Wissenschaftler rekrutiert hat, Einfluss auf hochrangige Arbeitsgruppen und Kommissionen genommen hat sowie an wissenschaftlichen Tagungen teilgenommen, diese koordiniert oder finanziell gefördert hat.

Im Jahr 1975 wurde der „Forschungsrat Rauchen und Gesundheit“ gegründet. Er diente der Wissenschaftlichen Abteilung des Verbandes als Beratungsorgan und sollte den Eindruck vermitteln, dass die Tabakindustrie sich der objektiven Erforschung und Weiterentwicklung seines Produktes verschrieben hat. Untersuchungen die als zu heikel galten um sie an externe Wissenschaftler zu vergeben wurden in einem Labor in München durchgeführt das von Franz Adlkofer geleitet wurde. Im Jahr 1992

wurde der Forschungsrat Rauchen und Gesundheit ersetzt durch die vom Verband gegründete Stiftung VERUM, deren Wissenschaftlicher und Geschäftsführender Direktor wiederum Adlkofer wurde.

Der Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit, eine kleine Nichtregierungsorganisation, die seit den 1970er Jahren im Bereich Nichtraucherenschutz aktiv ist und von Ferdinand Schmidt gegründet wurde, machte zahllose Versuche, die Regierungspolitik Deutschlands zu beeinflussen. Die Tabakindustrie reagierte darauf - erfolgreich - damit, dass sie den Ärztlichen Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit und Schmidt als jenseits der politischen Mitte darstellte.

Vermutlich die wichtigste Autorität im Gesundheitsbereich, die mit der Tabakindustrie seit den 1980er Jahren verbündet war ist Karl Überla, bis 1985 Präsident des Bundesamtes für Gesundheit und zugleich Leiter einer privaten Forschungseinrichtung in München, der Gesellschaft für Information und Statistik in der Medizin (GIS). Im Jahr 1982 nahm der Verband die Überla's GIS unter Vertrag für eine Untersuchung über „Passivrauchen und Lungenkrebs“.

Im Jahr 1983 stellte das Bundesgesundheitsministerium eine Arbeitsgruppe über „Krebsgefährdung durch Rauchen“ zusammen, als ein Beitrag vonseiten Deutschlands zum EU-Aktionsprogramm „Europa gegen den Krebs“. Von den 24 Mitgliedern, die das Ministerium geladen hatte, hatten zumindest fünf Personen, Franz Adlkofer, Dietrich Schmähl, Gerhard Lehnert, Klaus Thureau und Jürgen v. Troschke für den Verband gearbeitet oder von diesem Finanzmittel erhalten.

Im Großen und Ganzen ist es der Tabakindustrie in Deutschland gelungen, einen Grad der Angesehenheit aufrechtzuerhalten die ihr Zugang zu hochrangigen Autoritäten und Wissenschaftlern verschaffte die entweder selbst politikrelevante Ämter innehatten oder die als Sachverständige oder Mitglieder von wissenschaftlichen Beiräten direkten Zugang zur Politik hatten. Beispiele hierfür sind Karl Überla, Präsident des Bundesgesundheitsamtes, Dietrich Henschler, Vorsitzender der MAK-Kommission, und Helmut Valentin, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin sowie der Bayrischen Akademie für Arbeits- und Sozialmedizin.

Trotz der Tatsache, dass die Einstellung der deutschen Bevölkerung Einschränkungen des Rauchens deutlich unterstützen, war die Tabakindustrie bemüht, die Tabakkontrolle als eine ernsthafte Bedrohung für die Europäische Kultur darzustellen, indem diese als zu offen, modern und aufgeklärt für derartige Aktivitäten porträtiert wurde.

Ungeachtet der Tatsache, dass Umfragen die von der Tabakindustrie durchgeführt und geheim gehalten wurden für Deutschland sogar eine stärkere Befürwortung von Einschränkungen des Rauchens zeigten als in den Vereinigten Staaten, karikierte die Tabakindustrie in Deutschland Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung vor Passivrauch als US-amerikanischen Extremismus.

Etliche erfolglose Anläufe zur Verabschiedung eines Nichtraucherenschutzgesetzes folgten in den Jahren darauf und am 3. Oktober 2003 trat die novellierte Arbeitsstättenverordnung in Kraft, die die Arbeitgeber nominell dazu verpflichtet, ihre Angestellten am Arbeitsplatz vor dem Tabakrauch zu schützen (ausgenommen sind Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr). Durch diese Verordnung werden jedoch übergreifend keine rauchfreien Arbeitsplätze geschaffen und bis Januar 2006 hatte die Bundesregierung noch kein bedeutsames Programm aufgelegt um die Umsetzung und Vollzug der Verordnung zu fördern.

Im Jahr 2003 waren nahezu ein Drittel (32,5%) der deutschen Bevölkerung Raucher, neueste Daten zeigen, dass in Deutschland täglich mindestens neun Menschen an den Folgen des Passivrauchens sterben. Da dieser Berechnung lediglich die häufige Exposition von Nichtrauchern zu Hause zugrunde liegt, ist die wirkliche Zahl der Todesopfer wahrscheinlich deutlich höher. Dennoch garantieren bisher nur wenige Gesetze Rauchfreiheit und hat bis heute keine der wichtigsten Gesundheitsorganisation in Deutschland sich kontinuierlich dem Passivrauchen angenommen bzw. dieses zu einem Hauptthema gemacht.

Die Gesundheitspolitik wird in Deutschland bis zum heutigen Tag von Tabakindustrieinteressen dominiert.